

## **Erwartungen im Handwerk an Europa**

### **Auswertung einer Umfrage der Handwerkskammer Düsseldorf bei Inhabern von Handwerksbetrieben in NRW**

#### **Die Fragestellung**

Handwerker bedienen in aller Regel örtliche und regionale Märkte. Ihre Dienstleistungen und Produkte sind damit oft Ausdruck der kulturellen Vielfalt in den Regionen. Unterschiede in den Ernährungsgewohnheiten, in den Ansprüchen an das Wohnen, an die Mode und vieles mehr spiegeln sich in den handwerklichen Leistungen, die ihrerseits einen wesentlichen Anteil an der regionalen Identität der Menschen haben.

Wo ein wesentliches Element des Handwerks die Vielfalt ist, ist das Misstrauen gegen überregionale oder übernationale Harmonisierungen natürlich groß.

Das gleiche gilt für die Zentralisierung von Entscheidungsprozessen. Denn Handwerker sind es gewohnt, sich auch mit eigenen Beiträgen am Gemeinwohl und an öffentlichen Entscheidungen zu beteiligen. Sie wollen dies aber vor Ort und in Wahrung ihrer Vielfalt tun und nur ungern in überregionalen oder gar übernationalen zentralen Willensbildungsprozessen.

Dem steht nicht die Einsicht in die Notwendigkeit zur großräumigen, auch europaweiten Zusammenarbeit entgegen. Handwerk ist aber gewissermaßen die Verkörperung des Anspruchs auf gelebte Subsidiarität.

Daraus ergeben sich interessante Fragestellungen an die Handwerker selbst: Wie beurteilen Sie den europäischen Einigungsprozess? Fühlen Sie sich ausreichend eingebunden und wahrgenommen? Sehen Sie Ihre eigenen Interessen gewahrt? Und welche Anforderungen stellen Sie bei konkreten Themenstellungen an die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips?

Eine Umfrage bei zufällig ausgewählten Handwerksbetrieben über alle Gewerke hinweg gibt Antworten auf diese Fragen. Dabei finden sich die eingangs formulierten Erwartungen durchaus bestätigt. Es gibt Misstrauen gegen Zentralisierung und das Gefühl, dass "zuviel" an Entscheidungssouveränität an die europäische Ebene verloren gegangen ist. Aber

Handwerker sind keineswegs befangen im Kirchturm-Denken. Im Gegenteil: Sie differenzieren je nach Themenstellung sehr genau. Und sogar die landläufige Vermutung, Handwerker würden sich nur örtlich wirtschaftlich betätigen, trifft zumindest für einen großen Anteil der Betriebe offenbar so nicht zu.

## **1. Europa ist weit und bleibt vielen fremd**

Auf die Frage "Fühlen Sie sich über europäische Themen ausreichend informiert?" antworten drei Viertel der befragten Inhaber von Handwerksunternehmen mit "nein"; das übrige Viertel fühlt sich informiert. Natürlich beruhen diese Angaben auf der subjektiven eigenen Einschätzung der Befragten. Sie machen aber deutlich, dass ein sehr hoher Anteil den Eindruck hat, nicht ausreichend zu wissen, welche Themen auf europäischer Ebene behandelt werden, wer die Entscheidungen nach welchen Kriterien fällt und welche Folgen das für die Rahmenbedingungen des eigenen Wirtschaftens und Arbeitens hat. Das sind zweifellos keine günstigen Voraussetzungen für eine aktive Begleitung der europäischen Willensbildung durch die Handwerksunternehmer.

Dabei ist es nicht so, dass die Befragten in ihrer großen Mehrheit kein Interesse an europäischen Angelegenheiten zeigen. Auf die Frage: "Lesen Sie Berichte oder hören sie Nachrichten über europäische Themen (Gesetzgebung, politische Diskussionen)?" sagen aber zumindest 35 Prozent, also mehr als ein Drittel, dass sie dies regelmäßig tun; 59 Prozent tun dies gelegentlich und nur knapp sechs Prozent der Befragten meinen, dass sie "eigentlich nicht" Berichte über europäische Themen zur Kenntnis nehmen.

Eine deutliche Diskrepanz zwischen dem subjektiven Gefühl des nicht ausreichend Informiertseins und dem Interesse an europäischen Themen ist somit offenkundig: Obwohl das Interesse an europäischen Themen durchaus vorhanden ist, wird das Informationsbedürfnis offenbar nicht zufrieden gestellt. Dies mag einen Hinweis auf eine unzureichende Berichterstattung in den Medien über europäische Themen enthalten. Vor allem gelingt die "Bürgernähe" auf europäischer Ebene nicht und die Kommunikation der politischen Ziele und Vorhaben seitens der europapolitisch Tätigen in der Europäischen Kommission, im Europaparlament und im Europäischen Rat erreicht die Bürger ist nicht effektiv.

## **2. Genereller Eindruck: Europa mischt sich zu stark ein**

Ob die Menschen den Grad der tatsächlich gelebten Subsidiarität für angemessen halten, mündet in der schlichten Frage, ob der Anteil an Entscheidungen, der auf europäischer Ebene gefällt wird, als angemessen betrachtet wird oder nicht. Diese Frage beantworten die befragten Handwerker so: 70 Prozent halten den Anteil auf europäischer Ebene für "zu hoch". 23 Prozent der Befragten halten den Anteil für "angemessen" und lediglich sieben Prozent noch für "zu niedrig".

Darin kommt das Gefühl vieler Befragten zum Ausdruck, dass Entscheidungen zu weit entfernt von den Konsequenzen der jeweiligen Entscheidungsfindung getroffen werden. Zu betonen ist, dass dies die allgemeine Wahrnehmung widerspiegelt. Eine Schlussfolgerung, dass bestimmte Entscheidungsfindungen oder bestimmte Themen nicht auf die europäische Ebene gehörten, ist damit zunächst nicht verbunden.

### **3. Das Urteil über Subsidiaritätsanforderungen in verschiedenen Politikbereichen ist sehr differenziert.**

Subsidiarität wird sich stets an konkreten Politikbereichen und Entscheidungsfeldern zu bewähren haben. Die Frage lautet: Welche Themenfelder sind sinnvoll zur Willensbildung auf die europäische Ebene zu verlagern, weil die nationale oder die regionale Ebene weniger gute Lösungen zeitigen würden? Anhand einer Reihe von Politikbereichen wurden die Befragten mit der Bitte um Zuordnung zur europäischen bzw. nationalen Ebene konfrontiert.

Das Ergebnis ist differenziert und zeigt, dass die befragten Handwerker nicht pauschal einer Ebene zuneigen oder sich in konkreten Fragestellungen von dem generellen Eindruck, Europa mische sich "zuviel ein", leiten lassen. Die Antworten sind vielmehr Ausdruck eines aufgeklärten Verständnisses für die Notwendigkeit, Rahmenbedingungen eines einheitlichen Binnenmarktes auf europäischer Ebene zu bestimmen. Mit Bezug auf Antworten zu anderen Fragen zur Berücksichtigung der Belange des mittelständischen Handwerks auf europäischer Ebene oder zur Regelungstiefe auf europäischer Ebene wird allerdings zugleich deutlich, dass die befragten Handwerker in ihrer großen Mehrzahl mit dem Ergebnis der Politik auf europäischer Ebene unzufrieden sind. Es scheint somit weniger die Regelungsebene, als die Regelungsinhalte und die Konsequenzen für die Unternehmen auf Unverständnis und Ablehnung zu stoßen.

Im Einzelnen wurden die Befragten gebeten, eine Zuordnung zu einer bevorzugten Entscheidungsebene für die folgenden Politikbereiche vorzunehmen:

Durchsetzen gemeinsamer Wettbewerbsregeln für Unternehmen: Hier halten 47 Prozent die europäische Ebene, 37 Prozent die nationale Ebene und 16 Prozent beide Ebenen für geeignet.

Für die Festsetzung einheitlicher Voraussetzungen für die Zulassung zur Berufsbildung, das betrifft insbesondere auch die Qualifizierung zum Handwerksmeister als Voraussetzung zur Gründung eines selbständigen Handwerksbetriebes, ist die Mehrheit für ein Primat der nationalen Ebene. 50 Prozent der Befragten halten die nationale Ebene, 43 Prozent die europäische Ebene und 7 Prozent beide Ebenen für geeignet. Die Mehrheit möchte somit offenbar die berufliche Bildung weiterhin auf nationaler Ebene verantwortet sehen.

Ganz anders die Beurteilung von Regelungen der Handelsbeziehungen mit Drittstaaten: 58 Prozent bevorzugen hier die europäische Ebene, 23 Prozent die nationale und 19 Prozent beide Ebenen. Der Gemeinsame Binnenmarkt mit einer gemeinsamen Außenvertretung findet also hier eine Zustimmung im Handwerk.

Das öffentliche Auftragswesen, ein starkes Element in der Wettbewerbsregulierung auf europäischer Ebene, sehen dagegen nur 40 Prozent auf europäischer Ebene richtig angesiedelt, 46 Prozent auf nationaler und 13 Prozent auf beiden Ebenen. Hier dürfte sich der Eindruck bei vielen Handwerkern widerspiegeln, dass europäische Verpflichtungen zur Beachtung von Ausschreibungsregelungen über bestimmte Grenzwerte hinaus eben auch zu europäischen Ausschreibungen mit einem deutlich erhöhten Wettbewerbspotenzial führen.

Die Förderung technologischer Innovationen sehen 42 Prozent auf europäischer Ebene, 44 Prozent auf nationaler Ebene und 14 Prozent auf beiden Ebenen richtig angesiedelt. Diese Gewichtung kommt den tatsächlichen Verhältnissen vermutlich recht nahe.

Die Beachtung des sog. Maastrichter Verschuldungskriteriums, bzw. die Missachtung durch die Bundesrepublik Deutschland, wirkt sich ganz klar auf die bevorzugte Zuordnung der Zuständigkeit für die Begrenzung der öffentlichen Verschuldung und die Durchsetzung des Stabilitätspaktes aus: 52 Prozent sehen hier die Kompetenz auf europäischer Ebene richtig angesiedelt, 37 Prozent auf nationaler und 12 Prozent auf beiden Ebenen.

Dabei verlieren die befragten Handwerker keineswegs den Blick für die notwendige Subsidiarität in anderen Fragen, beispielsweise den Finanzierungsbedingungen für kleine und mittelgroße Unternehmen. Hier wollen nur 21 Prozent die europäische Ebene bevorzugt sehen, 63 Prozent die nationale und 16 beide Ebenen. Basel 2 und die Folgen insbesondere

für die Kreditfinanzierung der kleineren Unternehmen dürften sich hier eindeutig zu einer kritischen Position gegenüber "Brüsseler Entscheidungen" auswirken.

In einer Reihe von Politikbereichen zeigen Handwerker wenigsten zu großen Teilen Verständnis für europaweite Regelungen. Sie haben den Europäischen Binnenmarkt als Realität akzeptiert und erwarten, dass dafür auch der entsprechend Rechtsrahmen auf europäischer Ebene abgestimmt wird. Andere Politikbereiche eignen sich im Urteil der Befragten nicht oder doch nur sehr eingeschränkt für Harmonisierungen und zentrale Entscheidungen auf europäischer Ebene. Die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen gehören dazu, aber auch Fragen der beruflichen Bildung und des Berufszugangs.

Insgesamt gesehen scheint sich die sehr deutlich zum Ausdruck gebrachte Unzufriedenheit mit der Politik auf europäischer vermutlich weniger gegen harmonisierte und in Europa vereinheitlichte Bestimmungen, bzw. eine Behandlung der entsprechenden Themen auch auf europäischer Ebene zu wenden, als vielmehr gegen die konkrete Ausgestaltung von Bestimmungen, die als nicht handwerksgerecht empfunden wird. Das Ergebnis der Politik entspricht nicht den Erwartungen der Handwerker. Eine andere Schlussfolgerung jedenfalls lassen die Antworten auf Fragen nach der Wahrung eigener Interessen und Ziele durch die europäische Politik kaum zu. Einzelheiten dazu im folgenden Abschnitt.

#### **4. Handwerker fühlen sich in Europa schlecht vertreten**

Das Urteil der befragten Handwerker über die Wahrnehmung ihrer Interessen auf europäischer Ebene ist - kurz gesagt - vernichtend: 73 Prozent halten die Interessensvertretung des deutschen Handwerks in Europa für "unbefriedigend". 15 Prozent sagen, die Interessen würden "gar nicht" vertreten. Und nur 12 Prozent halten die Wahrnehmung der eigenen Interessen auf europäischer Ebene für "ausreichend". Von einer sehr guten Interessensvertretung ist praktisch keine Rede.

Handwerker sehen sich mit ihren besonderen Anliegen auf europäischer Ebene ganz offensichtlich zu einem großen Anteil übergangen. Dieses Urteil mag denen "ungerecht" erscheinen, die sich tatsächlich als Interessenvertreter oder Politiker für handwerkliche Belange einsetzen. Ihr Beitrag und ihre Einflussnahme werden generell zumindest kaum wahrgenommen.

Anzumerken ist hier, dass die Befragten, die sich selbst als ausreichend informiert über europäische Fragen bezeichnen, mit einem Anteil von 32 Prozent zugleich eine ausreichende Wahrnehmung handwerklicher Belange feststellen, während es unter den "nicht informierten" nur 6 Prozent sind. Umgekehrt sind "nur" 53 der "Informierten" der Meinung, die Belange würden nicht ausreichend vertreten. Die übrigen beurteilen dies so mit einem Anteil von 79 Prozent.

In ihrer ganz überwiegenden Mehrheit fühlen sich die Handwerker in Brüssel unzureichend vertreten. Dies Urteil basiert auf der verbreiteten Einschätzung, dass sich Entscheidungen auf europäischer Ebene eher negativ auf das Handwerk und den eigenen Betrieb auswirken.

## **5. Handwerk sieht sich als Verlierer der europäischen Einigung**

Den europäischen Einigungsprozess empfindet eine deutliche Mehrheit der befragten Handwerker als negativ sowohl für den eigenen Betrieb als auch für die gesamte eigene Branche. 77 Prozent beantworten die Frage "Wie bewerten Sie das Gesamtergebnis, wenn Sie die Vor- und Nachteile der europäischen Einigung abwägen?" für den eigenen Betrieb mit "eher negativ" und nur 23 Prozent mit "eher positiv". Bezogen auf die eigene Branche ist das Urteil noch eindeutiger: Hier gibt es nur noch 18 Prozent mit positiver Beurteilung und 82 Prozent mit negativer Beurteilung.

Der Eindruck, eher Opfer der europäischen Einigung zu sein, ist über alle Branchen festzustellen, in keinem Bereich allerdings deutlicher als im Baubereich. Hier bewerten 90 Prozent die europäische Einigung für die Branche eher negativ und nur 10 Prozent eher positiv. Offensichtlich verbinden die befragten Handwerker den europäischen Einigungsprozess an dieser Stelle vor allen Dingen mit der Öffnung der Grenzen und, gerade im Baubereich, mit der Beobachtung, dass günstige Anbieter aus anderen europäischen Ländern auf den eigenen, ohnehin schwierigen Märkten aktiv sind und die wirtschaftliche Position des eigenen Unternehmens und der gesamten Branche schaden.

Diese eindeutig negative Beurteilung wird in der Weise allerdings keineswegs auf die Folgen für die deutsche Wirtschaft insgesamt bzw. auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen. In beiden Bereichen halten sich hier positive und negative Einschätzungen die Waage. Jeweils 50 Prozent geben an, dass sie die europäische Einigung für die deutsche Wirtschaft bzw. für die Bundesrepublik eher positiv bzw. eher negativ beurteilen. Damit hebt sich das Handwerk selbst ganz klar von der Gesamtbeurteilung des europäischen Einigungsprozess ab. Mit Blick auf zusätzliche und vielfach billigere Wettbewerber auf eigenen Märkten

einerseits und den vor allem mit der Industrie vergleichsweise geringen Chancen auf ausländischen Märkten und zur Nutzung von Vorteilen der offenen Grenzen sehen sich die befragten Handwerker gegenüber der Gesamtwirtschaft eindeutig benachteiligt. Hier dürfte zugleich ein Schlüssel für die Erklärung der sehr negativen Beurteilung der Interessenwahrung für das Handwerk auf europäischer Ebene zu finden sein (siehe oben).

Auffallend in dem Zusammenhang ist allerdings, dass diejenigen Befragten, die sich selbst als informiert über europäische Themen bezeichnen, die europäische Einigung deutlich positiver als die weniger gut informierten beurteilen. So geben 43 Prozent der "informierten" Befragten an, dass sie die europäische Einigung eher positiv beurteilen und 57 Prozent eher negativ. Verglichen damit sind es bei den "uninformierten" 17 Prozent eher positiv und 83 Prozent eher negativ. Die gleiche Differenzierung ist auch in der Beurteilung der Folgen für die eigene Branche sowie für die deutsche Wirtschaft und die Bundesrepublik insgesamt festzustellen. Beispielsweise geben 67 Prozent der "informierten" Befragten an, die europäische Einigung sei für die Bundesrepublik eher positiv, und nur noch 33 Prozent bezeichnen sie als eher negativ.

Dabei ist natürlich zu beachten, dass die Angaben ausschließlich Meinungen und subjektive Wahrnehmungen wiedergeben und weder hinsichtlich des objektiven Informationsstandes noch hinsichtlich der tatsächlichen Folgen des Einigungsprozesses harte Fakten beschreiben können. Dennoch dürfte eine weitere starke Erklärung in der mehr oder weniger groß ausgeprägten Außenorientierung der befragten Handwerker zu suchen sein. Denn es besteht offenkundig ein klarer Zusammenhang zwischen eigenen Exporterfahrungen und der Beurteilung der europäischen Einigung: Betriebe mit häufigen und positiven Außenwirtschaftserfahrungen beurteilen im Handwerk zu 62 Prozent die europäische Einigung für den eigenen Betrieb positiv. Dagegen sehen lediglich 6 Prozent der Handwerker, die kein Interesse an Auslandsgeschäften haben, die europäische Einigung für den eigenen Betrieb positiv. Auffallend ist darüber hinaus, dass dieser erhebliche Unterschied in der Beurteilung der europäischen Einigung mit Blick auf den eigenen Betrieb sehr viel geringer ausfällt als mit Blick auf die Beurteilung für die deutsche Wirtschaft bzw. die Bundesrepublik insgesamt. Hier halten positive und negative Beurteilungen sich sowohl zwischen eher exportorientierten Handwerkern und ausschließlich regional orientierten Handwerkern tendenziell die Waage.

## **6. Unabhängig von ihrer der Kritik: Handwerker finden europäische Errungenschaften wichtig**

Ohne zugleich eine Bewertung einfließen zu lassen, wurden die Handwerker befragt, ob sie einzelne europäische "Errungenschaften" wichtig oder unwichtig finden.

An erster Stelle steht die Möglichkeit überall mit gleichem Geld bezahlen zu können. Das finden 85 Prozent aller Befragten wichtig und nur 15 Prozent unwichtig.

68 Prozent der Befragten finden es wichtig, dass es keine Grenzkontrollen gibt. 32 Prozent finden die Abschaffung der Grenzkontrollen unwichtig. Gerade an dieser Frage wird allerdings auch deutlich, dass die Beurteilung als wichtig teilweise zugleich mit dem Etikett negativ versehen sein kann, weil fehlende Grenzkontrollen mit zusätzlicher illegaler Beschäftigung etc. in Verbindung gebracht wird.

66 Prozent finden es wichtig, eigene Erzeugnisse in anderen Ländern verkaufen zu können. 34 Prozent finden dies nicht wichtig.

50 Prozent bezeichnen es schließlich als wichtig, ohne Probleme Mitarbeiter aus anderen EU-Ländern im eigenen Betrieb beschäftigen zu können. Die andere Hälfte empfindet diese Möglichkeit als nicht wichtig.

## **7. Europäische Bürokratie ist ein Thema für viele Handwerker**

Europa wird vielfach mit Bürokratie in Verbindung gebracht: Die Entscheidungsabläufe auf europäischer Ebene sind kompliziert und langwierig. Die Ergebnisse der Politik sind kompliziert und oft nicht auf die Belange mittelständischer Unternehmen zugeschnitten. Diese Urteil wird durch eine ganze Reihe von Antworten auf die Frage "Könnten Sie spontan ein konkretes Beispiel für bürokratische Lasten aus Europa nennen?" bestätigt.

Genannt werden wiederholt europäische technische Regelungen, die auf nationaler Ebene umzusetzen sind, beispielsweise in Form des Medizinproduktegesetzes, von Hygienebestimmungen im Nahrungsmittelgewerbe, HACCP, die als "nicht zu kontrollierende Vorschrift" und als "Unsinn" bezeichnet wird, technische Richtlinien für hand- und elektrisch betriebene Garagentore etc. Eine Auswahl an weiteren Themen und bürokratischen Lasten sei hier nur stichwortartig wiedergegeben: Basel 2, Vorschriften zur Rechnungsstellung und das System der grenzüberschreitenden Behandlung der Mehrwertsteuer, der erhebliche bürokratische Aufwand für handwerkliche Arbeiten in Luxemburg etc.

Daneben gibt es allerdings auch die ernüchternde Auffassung: "In Deutschland ist die Bürokratie noch viel schlimmer."

## **8. Europa gibt viel Anlass zum Ärgern - manchen auch zur Freude**

Die Befragten wurden gebeten zu sagen, worüber sie sich in letzter Zeit mit Blick auf Europa besonders geärgert haben und was ihnen eine besondere Freude bereitet hat.

Etwa zwei Drittel der Befragten hat sich die Mühe gemacht, diese offene Frage in einigen Stichworten zu beantworten. Allein das zeigt schon: Europa führt zu Emotionen, und bei vielen Befragten sitzt der Ärger tief. Das Spektrum ist breit. Die Antworten konzentrieren sich keineswegs auf wenige Themen, wenngleich einige in abgewandelter Form wiederholt angesprochen werden.

Dazu gehören vor allem die Osterweiterung, die als Grund für einen ungleichen Wettbewerb mit Billiglohnanbietern und für Dumpingpreise gesehen wird, die Aufnahme von Beitragsverhandlungen mit der Türkei, die Möglichkeit für Nichtqualifizierte, sich im Handwerk selbständig zu machen. "80 Prozent polnische Arbeitnehmer auf jeder Neubaustelle sind eher ärgerlich"; so fasst eine Antwort seinen Eindruck in zurückhaltender Weise zusammen.

Zu den ebenfalls häufiger genannten Ärgernissen gehören neuere Richtlinienentwürfe der Europäischen Kommission wie die Dienstleistungsrichtlinie, die Richtlinie gegen Strahlungsbelastungen am Arbeitsplatz, die Chemiekalienrichtlinie oder die Feinstaubrichtlinie und eine neue Beton-Norm. Generell wird die europäische Normgebung häufig kritisch beurteilt; vom Aufweichen der hohen Standards in Deutschland durch einheitliche Normen ist die Rede.

Verärgerung rufen auch unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen etwa im Steuerrecht und durch Auftragsvergaben ins Ausland hervor. Andere verbinden Europa mit Verschwendung, ärgern sich über zu viele Beamte und vor allem über zu viele Abgeordnete auf europäischer Ebene und vermissen einen Abbau von Subventionen besonders Agrarbereich. Wieder andere nennen den Euro als Ärgerniss und generell den Verlust an nationaler Souveränität bei gleichzeitig fehlender Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Immer wieder wird ein zu großes Eigennutzstreben der Mitgliedstaaten beklagt. Ein Befragter ärgert sich beispielsweise, dass Europa im Sommer 2005 nicht bei

den verheerenden Bränden in Portugal helfen konnte, andere über die unterschiedlichen Haltungen der Mitgliedstaaten in der Irakfrage.

Auch die Finanzen tragen zur Verärgerung bei: Deutschland zahlt zu viel und hat dafür nicht genug Einfluss, ist eine Haltung, die häufiger zu finden ist, ebenso der Ärger über unterschiedliche Mautsystem in Europa. Ein Handwerker bringt seinen Ärger pauschal so zum Ausdruck: "Der Mittelstand bleibt auf der Strecke".

Allerdings gilt auch hier, dass viele Befragte sorgfältig differenzieren und auch ihrer Freude Ausdruck geben. Wiederholt wird der Euro und die Möglichkeit, einfach in Europa (Lieferanten und Einkäufe) bezahlen zu können als Grund für Freude genannt. Andere schätzen den freien Reiseverkehr: "Es ist schon schön mit dem Euro." Die Aussicht, dass der Britenrabatt gekürzt werden soll, gilt genauso als Grund für Freude an Europa, wie ein kürzlich gelungenes Geschäft in den Niederlanden.

Das grundsätzliche Thema Europas, das Zusammenleben in Frieden, kommt ebenfalls zur Sprache. Eine Antwort macht dies besonders deutlich: "Nach dem Schrecken des letzten Jahrhunderts ist der europäische Prozess trotz aller Höhen und Tiefen das Positivste für die Menschen dieses Kontinents und beispielhaft für viele Regionen der Welt. Dies zu erleben macht mir große Freude."

## **9. Die meisten Handwerker würden gerne für ausländische Kunden arbeiten**

Handwerk ist örtlich und regional orientiert. Der Umkehrschluss, Handwerker seien nur an Absatzradien um den eigenen Kirchturm herum interessiert, ist ganz offensichtlich falsch. Nur 24 Prozent aller Befragten hat kein Interesse an Verkäufen an Ausländern oder Arbeiten im Ausland. Dagegen haben 34 Prozent bereits im Ausland gearbeitet bzw. an Ausländer verkauft, wenngleich nur eher selten. 12 Prozent aller Befragten arbeiten häufig im Ausland bzw. verkaufen häufig an ausländische Kunden. Lediglich zwei Prozent geben an, bei Auslandsgeschäften schlechte Erfahrungen gemacht zu haben. 28 Prozent der Befragten, die bislang keine Erfahrung in dem Bereich haben, würden gerne im europäischen Ausland arbeiten oder dort Kunden beliefern.

So ortsverbunden das Handwerk ist, so sehr sind die meisten Betriebe durchaus aufgeschlossen für das (europäische) Ausland. Gerade in der Grenzregion zu den Niederlanden liegt es nahe, entsprechende Geschäftskontakte anzubahnen oder sie zumindest in Erwägung zu ziehen. Die Befragung zeigt, dass die Handwerker dieser

nahliegenden Erwartung durchaus entsprechen, sie für derartige Kontakte offen sind und sie die Möglichkeiten offener Märkte im Binnenmarkt gerne nutzen wollen.

## **10. Schluss**

"In Vielfalt geeint." So lautet der Leitspruch der Europäischen Union, der so im Entwurf zur Europäischen Verfassung formuliert ist. Im Handwerk sehen viele diese Vielfalt allerdings gefährdet. Zugleich kommt auf die kleineren und zumeist regional orientierten Unternehmen ein Vielzahl an immer neuen Vorschriften und Normen zu, von denen sie selbst nichts haben, die sie aber alle beachten müssen.

Die Umfrage unter Handwerkern in NRW quer durch alle Branchen lässt so keine generelle Stimmung gegen Europa erkennen, wohl aber gegen ein zu viel an nicht mittelstandsgerechten europäischen Bestimmungen. Handwerker sind offen für die Möglichkeiten des einheitlichen europäischen Binnenmarktes und viele nutzen die Chancen für den eigenen Betrieb. Gleichzeitig beklagt eine deutliche Mehrheit, nicht ausreichend über Hintergründe und Entscheidungswege auf europäischer Ebene informiert zu werden. Für Bürgernähe und mehr Vertrauen in die europäischen Institutionen fehlen offensichtlich die nötigen Voraussetzungen. Das nicht bloß mit Lippenbekenntnissen zur Subsidiarität zu ändern, sondern durch spürbare und konkrete Beschränkungen des europäischen Einflusses, ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunft eines geeinten Europas.

(im Dezember 2005)